

Antrag auf Gewährung

einer Zuwendung für Vorhaben zur Entwicklung und zum Erhalt von Geoparks im Freistaat Thüringen

Förderjahr:

<u>Bewilligungsbehörde:</u> Thüringer Landesamt für Umwelt, Bergbau und Naturschutz Göschwitzer Straße 41 07745 Jena	<u>Geschäftszeichen:</u>	<u>Posteingangsstempel:</u>
--	--------------------------	-----------------------------

Antragsteller:

1. Allgemeine Angaben zum Antragsteller:

natürliche Person juristische Person Personengesellschaft

1.1 Registriernummer im Vereins-/Handelsregister:

(Bitte nur ausfüllen, wenn Antrag von juristischer Person oder Personengesellschaft gestellt wird.)

1.2 Kopie Satzung (ggf. Handelsregisterauszug) liegt bei ja nein

(Bitte nur ausfüllen, wenn Antrag von juristischer Person oder Personengesellschaft gestellt wird.)

1.3 Letzter Steuerbescheid liegt bei ja nein

(Bitte nur ausfüllen, wenn Antrag von juristischer Person oder Personengesellschaft gestellt wird.)

1.4 Verantwortliche Person/en (Bei juristischer Person oder Personengesellschaft alle die, die vertretungsberechtigt sind - siehe Vereinsregister/Handelsregister)

Vorname, Name:

Straße, Nr.:

Postleitzahl/Ort:

Telefon:

E-Mail:

1.5 Zuständiges Finanzamt /Steuernummer:

1.6 Art der Buchführung:

1.7 Vorsteuerabzugsberechtigt ja nein

1.8 Ansprechpartner für die Maßnahme/Projekt:

Name/Vorname:

Straße, Nr.:

Postleitzahl/Ort:

Tel.:

E-Mail:

2. Bezeichnung des Projektes / der Maßnahme (Kurztitel – wenn Maßnahme mit mehreren Projekten, Maßnahme mit den jeweiligen Projekten nummeriert abbilden).

3. Name des Geoparks:

4. Art des Vorhabens (Zuordnung des Schwerpunktthemas des Vorhabens zu den Fördergegenständen)

- Erstellung von Plänen und Studien im Zusammenhang mit der Gründung und dem Management von Geoparks, insbesondere dem Management von „Nationalen GeoParks in Deutschland“ im Freistaat Thüringen auf Basis der „Richtlinie Nationale GeoParks in Deutschland“ des Bund-Länder-Ausschusses Bodenforschung
- Vorhaben zum Aufbau und Betrieb von Geoparks
- Vorhaben zum Erlangen und Erhalt des Status „Nationaler GeoPark in Deutschland“
- Vorhaben zum Erlangen und Erhalt des Status „UNESCO Global Geopark“ Vorhaben zum Erhalt und zur Präsentation von Geotopen
- Vorhaben zur wissenschaftlichen Untersuchung von Geotopen
- Vorhaben zu Besucherlenkung und –information sowie zur Schaffung von Besuchereinrichtungen und Naturerlebnisangeboten in Geoparks
- Beratung, Planung und Umsetzung von Vorhaben im Zusammenhang mit der Durchführung des Tages des Geotops, von Informationsveranstaltungen, Ausstellungen und Aktionstagen, der Erstellung von Informationsveranstaltungen sowie Aus- und Fortbildungsmaßnahmen von Geopark-Führern
- Pflege und Erhaltung der geotouristischen Infrastruktur der Geoparks (Lehrpfade, Gesteinsparks usw.)

4. Ort der Maßnahme (Anschrift / ggf. identifizierbare ortsübliche Bezeichnung / bei mehreren Projekten bitte nummeriert entsprechend Pkt. 2)

9. Erklärung zum Umsatzsteuerabzug: Es besteht allgemein oder für das betreffende Vorhaben ein Vorsteuerabzug nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG):

ja

nein

10. Erklärungen

- 10.1 Ich bin damit einverstanden, dass die in diesem Antrag erfassten Daten zum Zweck der Bearbeitung des Antrages bei der zuständigen Bewilligungsbehörde gespeichert werden. Des Weiteren liegt die Zustimmung zur Speicherung der Daten bei der Bewilligungsbehörde für die ausgewiesenen Ansprechpartner vor (siehe Anlage).
- 10.2 Ebenso bin ich damit einverstanden, dass, soweit erforderlich, von mir eingereichte Unterlagen an die an der Bewilligung beteiligten internen Stellen weitergeleitet und dort gespeichert werden. Hierfür liegt auch die Zustimmung von der Person vor, die als Ansprechpartner für das Projekt ausgewiesen wurde (siehe Anlage).
- 10.3 Mir ist bekannt, dass alle Daten zur Bearbeitung des Antrages erst nach zehn Jahren nach Verstreichen der Einspruchsfrist für das Ergebnis der Verwendungsnachweisprüfung gelöscht werden.
- 10.2 Mir ist bekannt, dass der Zuwendungsgeber die in dem Förderantrag beizufügenden Unterlagen enthaltenden Tatsachen

- Erläuterung des Vorhabens
- Finanzierungsplan (bei Investitionsmaßnahmen sind im Kostenüberschlag Investitionskosten, Betriebskosten und sonstige Kosten gesondert auszuweisen)
- Auflistung der anzuschaffenden Gegenstände/Artikel für die Umsetzung des Vorhabens
- ggf. Übersichtsplan, aus dem das zu fördernde Vorhaben und die Gesamtmaßnahme ersichtlich sind (Messtischblatt 1 : 25 000)
- ggf. Bauunterlagen, Bauzeitenplan
- ggf. erforderliche Genehmigungen der zuständigen Behörden zur Umsetzung des Vorhabens
- Nachweis über das Grundeigentum des Antragstellers oder Vorlage von Nutzungsverträgen, die für die Dauer des Abschreibungszeitraumes oder die Restnutzungsdauer einer/eines zu fördernden Anlage/Objekts abgeschlossen wurden bzw. die Einverständniserklärung vom Grundeigentümer

und sonstige von der Bewilligungsbehörde oder deren Beauftragten darüber hinaus geforderten weiteren Unterlagen, Erklärungen etc. sowie die auf Seite 1 des Formulars angegebenen Tatsachen und deren weiteren Angaben zur Deckung des Finanzierungsbedarfs (z.B. auch Bankbürgschaften, Angaben zu Notaranderkonten) und der Vermögensverhältnisse als nach dem Zuwendungszweck, den Rechtsvorschriften, Verwaltungsvorschriften und Richtlinien über die Zuwendungsvergabe sowie den sonstigen Zuwendungsvoraussetzungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung erheblich ansieht und deswegen auf der Grundlage von § 2 Abs. 1 Subventionsgesetz i.V.m. § 1 des Thüringer Subventionsgesetzes als **subventionserheblich im Sinne des § 264 Abs. 8 Nr. 1 des Strafgesetzbuches** bezeichnet. Mir ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgebend ist.

Mir sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungsverpflichtungen bekannt. Insbesondere werde ich jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich der die Bewilligung/Bescheinigung erteilenden Behörde mitteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wurde sowie dem Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitaler Gesellschaft.

Vom Inhalt des aktuell geltenden § 264 Strafgesetzbuch sowie den §§ 3 bis 5 Subventionsgesetz habe ich Kenntnis.

- Ich/Wir sind damit einverstanden, dass im Falle einer Förderung über Nr. 7 ANBest-P hinaus
- sich Vertreter des Thüringer Ministeriums für Umwelt, Energie und Naturschutz und des Geologischen Landesdienstes vor Ort über das Vorhaben informieren,
 - der Präsident des Thüringer Landesamtes für Umwelt, Bergbau und Naturschutz (TLUBN) Presseveröffentlichungen über das Fördervorhaben herausgibt und
 - ich bei meinen Veröffentlichungen über die öffentlichen Medien während und bis ein Jahr nach Realisierung des geförderten Vorhabens auf den Zuwendungsgeber, das TLUBN, hinweise.

Ich habe mit der Maßnahme noch nicht begonnen.

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben wird hiermit erklärt.

Ein Rechtsanspruch auf Förderung entsteht dadurch nicht!

Hinweis: Der Erhalt eines Zuwendungsbescheides ist abzuwarten, damit mit der Maßnahme begonnen werden darf und die Ausgaben zuwendungsfähig sind.

Stempel:

Ort:.....

Datum:.....

Rechtsverbindliche Unterschrift/en

.....

.....

Name in Druckbuchstaben

Name in Druckbuchstaben